

Im Namen der Bürgerinitiative Pro Landshuter Allee Tunnel sowie als Seniorenbeirätin für Neuhausen-Nymphenburg stelle ich folgenden Antrag:

Die Bürgerinnen und Bürgern Neuhausens sind bis spätestens Ende Februar 2020 in einer Einwohnerversammlung fachlich umfassend zur aktuellen Planungssituation für den Landshuter Allee Tunnel zu informieren. Nachdem dies die erste Einwohnerversammlung zu diesem für das Stadtviertel wichtigen Projekt ist, müssen die Bürgerinnen und Bürger zudem über Schutzmaßnahmen (z.B. Immissionsschutzwände) informiert werden, die bis zur Tunnelrealisierung geprüft wurden bzw. derzeit geprüft werden.

Dabei hat die Stadtverwaltung insbesondere dazu zu informieren:

- 1) Ob die Tunnelrealisierung in zwei Abschnitten (nördlich und südlich der Nymphenburgerstraße) durchführbar ist, wenn die Komplikationen im südlichen Bereich (Arnulfstr. / Donnersberger Brücke) bis Mitte 2020 nicht gelöst werden können.
- 2) Welche beschleunigten Übergangslösungen zur Verbesserung der Lebenssituation der Anwohner und zur Einhaltung der Belastungsgrenzwerte vorgesehen sind und innerhalb welchen Zeitrahmens.
- 3) Welche gesicherten Wirkung diese vorübergehenden Schutzmaßnahmen entfalten und ob bzw. welche Beeinträchtigungen mit ihnen für die Anwohner verbunden sind.
- 4) Ob und welche Überlegungen zur Reduzierungsmöglichkeiten der Durchflussmenge des Verkehrs auf der Landshuter Allee geprüft werden bzw. wurden und mit welchem Ergebnis.

Begründung:

Trotz der exorbitanten Belastungen wurde erst nach jahrzehntelangen Bemühungen der Planungsbeginn für den Landshuter Allee Tunnel erreicht, der jedoch jetzt wieder stockt, da inzwischen eine Verknüpfung der Tunnelplanung mit der Sanierung der Donnersberger Brücke geprüft wird. Derzeit ist keinerlei Zeitrahmen für die Realisierung des Landshuter Allee Tunnels erkennbar, obwohl der örtliche BA seit Jahren diese Maßnahme immer wieder mehrheitlich (mit Ausnahme der Fraktion der Grünen) als dringlich fordert.

Allerdings gibt es in der Stadtverwaltung Überlegungen zu Einzelmaßnahmen wie Immissionsschutzwände im Bereich zwischen Nymphenburgerstraße und Arnulfstraße, die wesentliche Auswirkungen auf die örtliche Situation haben und zu denen die Anwohner bislang nicht informiert bzw. gehört wurden. Es gilt, angesichts der aktuellen Prognose für eine weitere Verkehrszunahme und der Funktion der Landshuter Allee als Autobahnzubringer, den Schutz der betroffenen Bevölkerung mit anderweitigen Maßnahmen und Mitteln sicherzustellen und endlich zu gewährleisten, um Gefahr für Leib und Leben der Anwohner abzuwenden. Es gilt jedoch auch, den Bürgern keine zusätzliche Belastung zuzumuten.